

Fragen

für die Fragestunde der 142. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 2. Dezember 2015

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Andreae, Kerstin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 42	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 12	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 20
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	52	Künast, Renate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	6, 7	Leidig, Sabine (DIE LINKE.)	27, 28
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43, 44	Maisch, Nicole (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45, 46
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 35	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	39, 40
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.)	2, 3	Müller-Gemmeke, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	50, 51
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	4, 5	Dr. von Notz, Konstantin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 16
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	56, 57	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	49
Höger, Inge (DIE LINKE.)	10, 21	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 26
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 58	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 22
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	17, 18	Tressel, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23
Janecek, Dieter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	47, 48	Dr. Verlinden, Julia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	54, 55
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	13, 14	Dr. Wilms, Valerie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 32
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 9		
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36, 37		
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 53		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern.....	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen.....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.....	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie...	14

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

1. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Hat die Bundesregierung einem NATO-Beschluss (Berliner Morgenpost vom 23. November 2015 „Geheimerbericht“) zu stärkerer Unterstützung der afghanischen Militärs zugestimmt, wonach durch die Ausweitung des NATO-Mandats „Resolute Support“ u. a. NATO-Ausbilder wieder direkter in dortigen Krisenregionen eingesetzt werden und diese Truppen ins Gefecht begleiten sollen, in dem die Ausbilder bei Beschuss durch NATO-Luftangriffe geschützt werden sollen, und wird die Bundesregierung diesem Vorhaben auch auf dem NATO-Außenminister-Treffen am 1. und 2. Dezember 2015 in Brüssel zustimmen mit der Folge, dass dadurch nach meiner Auffassung auch Bundeswehrsoldaten v. a. als Ausbilder bzw. Berater afghanischer Truppen erhöhter Gefahr ausgesetzt würden, künftig in Kampfhandlungen verwickelt, verletzt oder getötet zu werden?

2. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)

Kann die Bundesregierung den Stand ihrer Bemühungen darstellen, die Handels- und Versorgungswege des Islamischen Staates (IS) zu unterbrechen und insbesondere den illegalen Ölhandel aus dem Gebiet des IS zu unterbinden?

3. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)

Kann die Bundesregierung den Stand ihrer Bemühungen darstellen, die Zufuhr an Waffen nach Syrien und insbesondere an den IS zu unterbinden, insbesondere vor dem Hintergrund, dass weiterhin Waffenexporte aus Deutschland in die Region stattfinden und genehmigt werden?

4. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Wie äußert sich die Bundesregierung zu Vorwürfen, denen zufolge auch Mitgliedstaaten der Europäischen Union Erdöl aus den Schmuggelgeschäften der Terrororganisation Daesh (Islamischer Staat) kaufen und/oder bei diesen Geschäften helfen, wie dies die EU-Botschafterin im Irak, Jana Hybášková, bereits im September 2014 vor dem Auswärtigen Ausschuss des Europäischen

- Parlaments erklärt hatte, und was will die Bundesregierung im Rahmen der EU dagegen unternehmen?
5. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.) Über welche Schmuggelrouten werden die Erdölgeschäfte der Terrororganisation Daesh (Islamischer Staat) nach Kenntnissen der Bundesregierung getätigt?
6. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.) Sieht die Bundesregierung die Europäische Union nach der Aktivierung der militärischen Beistandsklausel im Krieg?
7. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.) Wie begründet es die Bundesregierung, dass das Auswärtige Amt infolge der Aktivierung der militärischen Beistandsklausel von einer „Allgemeinen Rechtspflicht“ ausgeht und gleichzeitig behauptet, es handele sich lediglich um eine „politische Willenserklärung“ (Bericht der Bundesregierung über die außenpolitischen Konsequenzen aus den Ereignissen vom 13. November 2015 in Paris im Auswärtigen Ausschuss sowie im Europaausschuss des Deutschen Bundestages)?
8. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den Tod des indonesischen Umweltaktivisten Indra Pelani, der am 22. Februar 2015 getötet wurde (www.globalwitness.org/en-gb/campaigns/environmental-activists/climate-change-conference-paris/), und wie unterstützt die Bundesregierung die indonesische Regierung bei der Eindämmung der Brände von Ur- und Torfwäldern?
9. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Inwiefern hält die Bundesregierung die Forderung des US-amerikanischen Ölkonzerns Occidental Petroleum (Oxy) über 1,1 Mrd. Dollar gegenüber Ecuador, die das Unternehmen wegen Verstößen gegen das bilaterale Investitionsabkommen mit den USA vor dem Schiedsgericht der Weltbank einklagen will, für berechtigt, und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus in Bezug auf die Schiedsgerichtsbarkeit in

den bilateralen Investitionsabkommen der Bundesregierung mit so genannten Entwicklungsländern?

10. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)

Mit welchem Ergebnis hat die Bundesregierung bei welchen israelischen Stellen zum Schutz und zu der Freilassung der mit deutschen Organisationen verbundenen Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern in den palästinensischen Gebieten interveniert, von denen einer nach mir vorliegenden Informationen im Auftrag des Ökumenischen Begleitedienstes EAPPI in Hebron eingesetzt war und wegen konkreter Bedrohungen durch israelische Siedler zu seinem Schutze abgezogen worden ist und zwei weitere Opfer von gewaltsamen und überfallartigen Verhaftungen durch den israelischen Geheimdienst bzw. das Militär geworden sind – konkret der Mitarbeiter der gewaltfreien ZfD-Partnerorganisation YAS Mohammed Zoghour am 28. Oktober 2015 und außerdem der Mitarbeiter der gewaltfreien ZfD-Partnerorganisation PSCC Nablus Wa'el al-Faqeeh am 25. Oktober 2015 durch das israelische Militär?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

11. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

In wie vielen Fällen haben nach Kenntnis der Bundesregierung deutsche Behörden seit Anfang des Jahres 2015 eine Ausschreibung nach Artikel 36 Absatz 3 des SIS II-Beschlusses (SIS: Schengener Informationssystem) veranlasst, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung treffen, um sicherzustellen, dass die deutschen Behörden „systematische Daten über mutmaßliche ausländische terroristische Kämpfer in das SIS II – insbesondere nach Artikel 36 Absatz 3 – eingeben [und] Sensibilisierungs- und Schulungsmaßnahmen in Bezug auf die Nutzung des SIS durchführen“ (Schlussfolgerungen des Rates der Europäischen Union vom 20. November 2015)?

12. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In wie vielen Fällen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seit Juli 2015 Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Beihilfe zum Verstoß gegen Meldepflichten (§§ 85 Nummer 1, 50 Absatz 6 des Asylgesetzes – AsylG –, § 27 des Strafgesetzbuches – StGB –), der Beihilfe zum Verstoß gegen räumliche Beschränkungen (§§ 85 Nummer 2, 56, 59b Absatz 1 AsylG, § 27 StGB), der Beihilfe zum Verstoß gegen Wohnsitzauflagen (§§ 85 Nummer 3, 60 Absatz 2 Satz 1 AsylG, § 27 StGB) und der Beihilfe zum illegalen Aufenthalt (§§ 95 Absatz 1 Nummer 3, 14 Absatz 1 Nummer 1 und 2 des Aufenthaltsgesetzes – AufenthG –, § 27 StGB) gegen Menschen eingeleitet, die sich ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit engagieren, und was wird die Bundesregierung unternehmen, um die Kriminalisierung von Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit in der gegenwärtigen Situation und auf Dauer zu verhindern?
13. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Was ist der Grund dafür, dass Asylanträge mit geringen Erfolgsaussichten nicht bereits im Rahmen der geltenden Gesetze innerhalb einer Wochenfrist durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge entschieden werden (bitte so konkret wie möglich ausführen, vgl. hinsichtlich sich anschließender Gerichtsverfahren auch § 36 Asylgesetz), und wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung die gegenwärtige Praxis in den „Ankunfts- und Rückführungseinrichtungen“ für Asylsuchende insbesondere aus den Westbalkanländern in Bayern (Manching und Ingolstadt; bitte genau ausführen, wie viel Personal welcher Behörden dort eingesetzt wird, wie viele Personen dort leben, wie viele Verfahren in welcher Zeitdauer abgeschlossen werden, welche Probleme und Umsetzungsschwierigkeiten es gibt usw.)?
14. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wieso können fachkundige Bedienstete des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) einerseits keine ungefähren Angaben zum Zeitraum zwischen EASY-Registrierung und Asylantragstellung machen (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 4e und g auf Bundestagsdrucksache 18/6860), obwohl sie andererseits mit dem Hinweis darauf, die Wartezeiten auf die Entgegennahme eines Asylantrags beim BAMF betrügen derzeit ein Jahr, derzeit überhaupt keine Asylanträge mehr entgegennehmen (dpa vom 6. November 2015 „Amt überlastet – Asylanträge

nur eingeschränkt möglich“, bitte angeben, inwieweit der Bericht zutrifft), und wie lange sind derzeit die Wartezeiten für Termine für eine Asylantragstellung (bitte nach Bundesländern und soweit praxisrelevant auch nach wichtigsten Herkunftsländern differenziert angeben)?

15. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Hinweise liegen der Bundesregierung dazu vor, dass bei den jüngsten Pariser Terroranschlägen eventuell auch modifizierte Waffen (Sturmgewehre des Typs Kalaschnikow) zum Einsatz gekommen sein könnten, die offenbar über einen deutschen Händler gehandelt wurden?
16. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gibt es bereits Überlegungen auf Seiten der Bundesregierung, welche Konsequenzen man hieraus gegebenenfalls ziehen muss, und wie man den Handel – auch mit derart umgebauten – Waffen innerhalb Deutschlands und der Europäischen Union schnellstmöglich effektiv eindämmen will?
17. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche behördlichen und privaten Teilnehmenden (insbesondere aus Deutschland) des am 3. Dezember 2015 in Brüssel startenden „Forums der Internetdienstleister“, in dem sich die EU-Innenministerinnen und -Innenminister mit Internetanbietern und eigentlich auch der „Zivilgesellschaft“ koordinieren wollten (COM(2015) 185 final vom 28. April 2015) und das eine möglichst schnelle Beseitigung unliebsamer Internetinhalte ermöglichen soll, sind der Bundesregierung bekannt, und welche aktive oder reaktive Haltung vertreten an dem Forum am 3. Dezember 2015 teilnehmende Vertreter der Bundesregierung hinsichtlich der Frage, welche technischen oder sonstigen Zusammenarbeitsformen zu „Bedenken der Strafverfolgungsbehörden in Bezug auf neue Verschlüsselungstechniken“ diskutiert oder umgesetzt werden müssten, was laut der Europäischen Kommission weiterhin auf der Tagesordnung dieses ersten offiziellen Treffens des „Forums der Internetdienstleister“ steht (European Agenda on Security – State of Play, 17. November 2015)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz
und für Verbraucherschutz**

18. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Haltung vertritt die Bundesregierung zu der Frage, inwiefern die in dem Abkommen über Rechtshilfe mit den USA niedergelegten Verfahren überarbeitet oder angepasst werden müssten, etwa um den gegenseitigen elektronischen Datentransfer zu beschleunigen, untereinander Strafregister- und Bankkontodaten auszutauschen oder die Zusammenarbeit von Internetanbietern mit europäischen Polizei- und Geheimdienstbehörden zu verbessern, und mit welcher Haltung haben Bundesbehörden in diesem Jahr an internationalen Treffen teilgenommen, bei denen die Frage eines direkten Zugangs von europäischen Strafverfolgungsbehörden auf Daten bei Internetanbietern in den USA (Metadaten oder Inhaltsdaten) diskutiert wurde (bitte die einzelnen Treffen benennen)?
19. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist das in der 48. Kalenderwoche des Jahres 2015 beschlossene Eckpunktepapier zur zweiten Mietrechtsnovelle die Position der gesamten Bundesregierung, und wenn nicht, wo liegen die Unterschiede innerhalb der Bundesregierung?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der
Finanzen**

20. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Mehrbelastungen für Bund und Länder rechnet das Bundesministerium der Finanzen in Bezug auf den Vorschlag des Bundesministers der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble, den Wohnungsbau steuerlich fördern zu wollen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

21. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- Wer wertet die durch die deutschen Tornados über türkischem und syrischem Luftraum gesammelten Daten aus, und welchen Einfluss hat die Bundeswehr auf die Zielplanung im Zuge des Krieges gegen den IS in der Region?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

22. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie wird die Bundesregierung beim Europäischen Rat am 7. Dezember 2015 über die vorgeschlagene EU-Frauenquote (40 Prozent) abstimmen, nachdem sie die Zustimmungsforderung der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Manuela Schwesig (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 24. November 2015) abgewogen hat gegen die (laut SZ a. a. O.) bisher angekündigte Regierungsposition bloßer Enthaltung (mit der bekannten oder gar gewollten Folge, dass dieser EU-Vorschlag die nötige Mehrheit verfehlt) wegen ihres formalen Einwands, derlei müsse mangels EU-Zuständigkeit national geregelt werden, und wann wird die Bundesregierung – falls sie nicht zustimmt – dem Deutschen Bundestag dann noch in dieser Wahlperiode einen Gesetzentwurf vorlegen, welcher die bisherige deutsche Frauenquote (30 Prozent) auf den von der gesamten Europäischen Kommission für angemessen erachteten Standard (40 Prozent) anhebt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

23. Abgeordneter
Markus Tressel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Setzen die Audi AG oder andere VW-Marken nach bisheriger Kenntnis der Bundesregierung auch in Deutschland bei Fahrzeugen mit 3-Liter-Motoren verbotene Abschaltvorrichtungen wie in den USA ein (vgl. tinyurl.com/pyf7md6), und

plant die Bundesregierung, auch Autos mit 3-Liter-Motoren im Rahmen der eingesetzten Untersuchungskommission nachzukontrollieren?

24. Abgeordnete
Renate Künast
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Maßnahmen haben das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur konkret ergriffen, um Verbraucherinnen und Verbraucher bei der Geltendmachung aller ihnen möglicherweise im Rahmen des VW-Abgasskandals zustehenden zivilrechtlichen Ansprüche zu unterstützen, und welche Ansprüche (konkret bezogen auf die Art der Mängel und der unterschiedlichen Motoren) kommen nach Kenntnis der Bundesregierung in Frage?

25. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wird nach Kenntnissen der Bundesregierung die von der Volkswagen AG (VW) angekündigte Beseitigung der Abweichungen bei den Stickoxid-Werten zwischen Prüfstandswerten und realem Fahrbetrieb (siehe Auszug aus der Pressemitteilung von VW vom 22. September 2015: „Auffällig sind Fahrzeuge mit Motoren vom Typ EA 189 mit einem Gesamtvolumen von weltweit rund elf Millionen Fahrzeugen. Ausschließlich bei diesem Motortyp wurde eine auffällige Abweichung zwischen Prüfstandswerten und realem Fahrbetrieb festgestellt. Volkswagen arbeitet mit Hochdruck daran, diese Abweichungen mit technischen Maßnahmen zu beseitigen.“) durch die nun von VW dem Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) vorgestellten und vom KBA bestätigten „Maßnahmen“ (siehe Pressemitteilung von Volkswagen vom 25. November 2015) erreicht, indem die Emissionen im realen Fahrbetrieb gesenkt werden?

26. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Bezieht sich die vom KBA angeordnete Neuermittlung von Schadstoffemissions-, Kraftstoffverbrauchs- und CO₂-Emissionswerten bei „allen betroffenen Modellen“ (siehe Pressemitteilung des KBA vom 10. November 2015) auch auf diejenigen Modelle mit EA 189 Dieselmotoren?

27. Abgeordnete
Sabine Leidig
(DIE LINKE.)
Wann und wie (z. B. im Internet, mit oder ohne geschwärzte Passagen) wird der Rückruferlass des Kraftfahrt-Bundesamtes (KBA) vom 15. Oktober 2015 veröffentlicht, der die rund 2,4 Millionen Fahrzeuge aus dem VW-Konzern mit dem Dieselmotor EA 189 betrifft, und warum ist dies bisher noch nicht geschehen?
28. Abgeordnete
Sabine Leidig
(DIE LINKE.)
Warum ist dieser Rückruf auf der Internetseite des Kraftfahrt-Bundesamtes (KBA) für die betroffenen Modelle noch nicht zu finden, und auf welchen Wegen (über den VW-Konzern oder auch über das KBA bzw. eine andere Behörde) werden die Halter informiert?
29. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Hinweisen (z. B. Wirtschaftswoche vom 13. November 2015), dass die On-Board-Diagnose (OBD), welche die Funktionsfähigkeit der Abgasreinigung überprüft, manipulierbar ist?
30. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Plant die Bundesregierung, Automobilhersteller zu verpflichten, ihre Motorensoftware insbesondere bei der Typgenehmigung offenzulegen?
31. Abgeordnete
Dr. Valerie Wilms
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wie ist der aktuelle Bearbeitungsstand des neuen Bundesverkehrswegeplans, und aus welchen Gründen kommt es ggf. zu Verzögerungen bei der Vorstellung des Entwurfs?
32. Abgeordnete
Dr. Valerie Wilms
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Inwiefern wird der Entwurf des neuen Bundesverkehrswegeplans wie im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur des Deutschen Bundestages mehrfach angekündigt im Dezember 2015 zunächst den Abgeordneten des Deutschen Bundestages vorgestellt, und wann soll die Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß den Vorgaben der Strategischen Umweltprüfung beginnen?

33. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welches Ergebnis haben die ICAO-Verhandlungen (ICAO: International Civil Aviation Organization) der European Air Navigation Planning Group (EANPG) vom 23. bis 26. November 2015 hinsichtlich des Anlagenschutzbereiches (Prüfradius) für VOR- und/oder DVOR-Anlagen (DVOR: Doppler-UKW-Drehfunkfeuer), gebracht (siehe auch Antwort der Bundesregierung vom 24. November 2015 zu Frage 1 der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 18/6850), und geht daraus die Empfehlung hervor, die Anlagenschutzbereiche (Prüfradien) um VOR- und/oder DVOR-Anlagen auf 10 km herabzusetzen?
34. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- War für die Entscheidung des Eisenbahn-Bundesamtes im Planfeststellungsbeschluss für den Umbau des Bahnknotens Stuttgart, Planfeststellungsabschnitt 1.1, vom 28. Januar 2005, die Neigung von Gleisen abweichend von 2,5 v. T. (vgl. § 7 Absatz 2 der Eisenbahn-Bau- und Vertriebsordnung – EBO) zu genehmigen (S. 372 f. des Beschlusses) Rechtsgrundlage § 2 Absatz 2, § 7 Absatz 2 oder § 3 EBO oder aufgrund welcher Norm bzw. sonstiger Vorschriften muss die Vorhabenträgerin bei Längsneigungen die „notwendigen Vorkehrungen zur Gewährleistung gleicher Sicherheit“ einhalten bzw. darstellen (siehe S. 373 des Planfeststellungsbeschlusses)?
35. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Weshalb rechnet die Bundesregierung die mögliche Gründung neuer, nicht tarifgebundener Tochtergesellschaften des Bundesunternehmens Deutsche Bahn AG der unternehmerischen Verantwortung des Konzernvorstands (siehe Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 18/6760) und damit dem operativen Geschäft zu, und wo zieht die Bundesregierung als Vertreter des Eigentümers die Grenze einerseits zwischen dem operativen Geschäft, das alleine vom Konzernvorstand verantwortet wird und andererseits der strategischen Ausrichtung des Konzerns, für die auch der Bund als Eigentümer des Bahnkonzerns eine Mitverantwortung trägt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

36. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Fortschritte wurden in der laut Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 11 in der Fragestunde vom 11. November 2015 (vgl. Plenarprotokoll 18/135, Anlage 4) für November 2015 terminierten zweiten Sitzung der gemeinsamen Arbeitsgruppe des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und der Energieversorgungsunternehmen (EVU) erzielt, insbesondere hinsichtlich der von den EVU ins Auge gefassten Zwischenlagerstandorte (bitte möglichst mit Angabe von Datum und Teilnehmern der Sitzung), und wie lautet nach derzeitigem Stand das weitere Arbeitsprogramm dieser Arbeitsgruppe (bitte mit Angabe von deren Kalenderdatum)?
37. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die in der Antwort der Bundesregierung vom 8. September 2015 auf meine Schriftliche Frage 81 auf Bundestagsdrucksache 18/5977 genannte Stellungnahme der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) zur Sumpfsiebproblematik im Atomkraftwerk Gundremmingen mittlerweile schon abgeschlossen (ggf. bitte mit Angabe des Kalenderdatums), und falls ja, ist sie seitens des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) schon ausgewertet und abgenommen?
38. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung das Abfallvolumen in den Haushalten im Jahr 2014 in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr entwickelt (absolut und pro Einwohner), und welchen Verwertungsarten wurde der Haushaltsmüll in den jeweiligen Jahren zugeführt (bitte in Prozent am Gesamtaufkommen angeben)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

39. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Inwiefern gibt es von Seiten der Bundesregierung Überlegungen, Ausgaben für die Flüchtlingshilfe auf den Entwicklungsetat anrechnen zu lassen, was von Experten der Europäischen Kommission mit großer Skepsis gesehen wird (www.evangelisch.de/Inhalte/128781/24-11-2015/eu-kommission-fluechtlings-und-entwicklungshilfe-nicht-vermischen), und kann die Bundesregierung ausschließen, dass deutsche Entwicklungsgelder jetzt und zukünftig zur Migrationsabwehr und Abschottung zweckentfremdet werden, wie es laut der entwicklungspolitischen Dachorganisation Concord beispielsweise von Malta und Spanien praktiziert wird (www.concordeurope.org/publications/item/480-aidwatch-report-looking-to-the-future-don-t-forget-the-past-aid-beyond-2015)?
40. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung die mir von der Nichtregierungsorganisation „Green Scenery“ zugetragene Information, dass die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG) ihr Engagement in dem Makeni-Projekt von ADDAX in Sierra Leone beendet, bestätigen, und inwiefern bleibt die Bundesregierung unter diesen Umständen sowie der generellen Unsicherheit bezüglich der Fortführung des Makeni-Projekts bei ihrer Einschätzung, dass sie und die DEG „von den positiven entwicklungspolitischen Effekten des Engagements mit ADDAX in Sierra Leone überzeugt“ sind (siehe Antwort zu Frage 15 der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE., Bundestagsdrucksache 18/6025)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

41. Abgeordnete
Kerstin Andreae
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse bzw. Schätzungen hat die Bundesregierung darüber, wie viele Arbeitsplätze bei Kaiser's-Tengelmann GmbH durch eine Fusion mit EDEKA ZENTRALE AG & Co. KG voraussichtlich verloren gehen würden, und welche Szenarien hat EDEKA nach Kenntnis der

Bundesregierung für den Stellenabbau entwickelt?

42. Abgeordnete
Kerstin Andreae
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche alternativen Interessenten für die Übernahme von Kaiser's-Tengelmann in Gänze oder in Teilen – neben EDEKA – wurden im Rahmen der Kausalitätsprüfung berücksichtigt (bitte begründen), und mit welchen Zusicherungen für die Übernahme von Arbeitnehmern von Kaiser's-Tengelmann sind diese verbunden?
43. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Arbeitsplätze von Kaiser's-Tengelmann sind nach der Fusion mit EDEKA für den Zeitraum von 18 Monaten und für den Zeitraum von drei Jahren gesichert, und auf welchen verbindlichen Zusagen beruht diese Prognose, insbesondere im Hinblick auf die von Gewerkschaften und Betriebsräten vorgetragene Vermutung, im Rahmen der Anhörung zur Erteilung der Ministererlaubnis am 16. November 2015, dass die geplante Aufspaltung von Kaiser's-Tengelmann durch die Weitergabe an selbständige Kaufleute zu einem Verlust der Tarifbindung, der Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten und der Möglichkeit, weitere Beschäftigte im Rahmen künftiger Umstrukturierungsmaßnahmen zu entlassen, führt?
44. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse bzw. Schätzungen hat die Bundesregierung darüber, wie sich die Fusion von Kaiser's-Tengelmann und EDEKA sowohl auf die Nachfragemacht von EDEKA gegenüber Lieferanten, Herstellern und Landwirten auswirken wird, insbesondere welchen Einfluss dies voraussichtlich auf die Abnahmepreise von EDEKA hätte, als auch durch die Stärkung der Marktmacht von EDEKA auf den Wettbewerb im deutschen Lebensmitteleinzelhandel allgemein?
45. Abgeordnete
Nicole Maisch
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Auswirkungen erwartet das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft durch die Fusion von EDEKA und Kaiser's Tengelmann auf die Verbraucherinnen und Verbraucher – insbesondere bezüglich der Preise sowie des verfügbaren Angebots, und wie soll sichergestellt werden, dass EDEKA an weniger rentablen

Standorten festhält und diese nicht aufgegeben bzw. als Discounter weiter betrieben werden?

46. Abgeordnete
Nicole Maisch
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Für wie viele Filialen wird es aufgrund der regionalen Marktkonzentration die Auflage geben, diese Geschäfte zu verkaufen, und wie stellt das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft sicher, dass sich für diese Filialen Kaufinteressenten finden und es nicht zur Schließung und damit zur weiteren Marktkonzentration kommt?
47. Abgeordneter
Dieter Janecek
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Filialen und weitere Betriebe von Kaiser's-Tengelmann würden nach Kenntnis der Bundesregierung durch eine Fusion mit EDEKA voraussichtlich in Bayern geschlossen werden, und wie viele Arbeitsplätze würden dadurch verloren gehen?
48. Abgeordneter
Dieter Janecek
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Bedenken des Bundeskartellamts, dass sich im Zuge einer Übernahme der Filialen von Kaiser's-Tengelmann durch EDEKA in München die Auswahlmöglichkeiten der Verbraucherinnen und Verbraucher vor Ort erheblich reduzieren würden, und inwieweit unterstützt die Bundesregierung die explizite Aufforderung des Betriebsrats der Region München/Oberbayern, Verhandlungen mit alternativen Anbietern aufzunehmen, um mehr Arbeitsplätze über einen längeren Zeitraum zu sichern und zudem betriebliche Mitbestimmung und Tarifbindung der Beschäftigten von Kaiser's-Tengelmann zu gewährleisten?
49. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern teilt das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) die vom Deutschen Bauernverband (Statement vom 5. November 2015) geäußerte Befürchtung, dass eine Fusion der Supermarktketten EDEKA und Kaiser's Tengelmann zu einer weiteren Konzentration der Nachfragemacht im Lebensmitteleinzelhandel führen würde und durch die asymmetrischen Machtverhältnisse in der Vermarktungskette den Preisdruck auf landwirtschaftliche Erzeuger noch weiter erhöhen würde, und welche Maßnahmen schlägt das BMEL vor, um die landwirtschaftli-

chen Erzeugerinnen und Erzeuger in den Verhandlungen mit dem Lebensmitteleinzelhandel zu stärken?

50. Abgeordnete
Beate Müller-Gemmeke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) – vor dem Hintergrund einer möglichen Fusion der Supermarktketten EDEKA und Kaiser's Tengelmann durch eine Ministererlaubnis – die Befürchtung, dass durch den Verkauf an EDEKA vielen Beschäftigten eine massive Verschlechterung ihrer Arbeitssituation droht, und wenn ja, welche Gegenmaßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen?
51. Abgeordnete
Beate Müller-Gemmeke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält das BMAS die Zusage von EDEKA, im Falle einer Fusion mit Kaiser's Tengelmann für 18 Monate keine betriebsbedingte Kündigung für die übernommene Belegschaft auszusprechen für ausreichend?
52. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass Telefonkunden, die die „Persönliche Rufnummer fürs Leben“ 0700 oder den ortsunabhängigen Rufnummernraum 032 (Nationale Teilnehmerrufnummer – NTR) anwählen, für ihren Anruf teilweise nach mir vorliegenden Informationen deutlich höhere Entgelte zahlen müssen, und plant die Bundesregierung eine entsprechende Gesetzesänderung, die die Bundesnetzagentur zur Festlegung einer Preisobergrenze ermächtigt?
53. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis über die Höhe der voraussichtlichen Zahlungen für das Jahr 2015 für vermiedene Netzentgelte, und wenn ja, wie hoch waren diese (bitte aufschlüsseln nach der Gesamthöhe nur für EEG-Anlagen, nur für KWK-Anlagen und übrige nicht erneuerbare Stromerzeugungsanlagen)?

54. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Forderung der Expertenkommission in deren Stellungnahme zum aktuellen Energie-wende-Monitoringbericht der Bundesregierung, dass „erhebliche zusätzliche Anstrengungen“ erforderlich seien, um die angestrebte Verringerung des Primärenergieverbrauchs zu erreichen, „zumal gerade in den vergangenen vier Jahren der Zielpfad erkennbar verfehlt wurde“ (www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/M-O/monitoringbericht-energie-der-zukunft-stellungnahme-2014,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf, S. Z-3), und mit welchen konkreten zusätzlichen Maßnahmen will die Bundesregierung den Primärenergieverbrauch verringern?
55. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Maßnahmen reagiert die Bundesregierung auf die Feststellung der Expertenkommission in ihrer Stellungnahme zum aktuellen Energie-wende-Monitoringbericht der Bundesregierung, dass die Erhöhung des Energieverbrauchs im Verkehr im Jahr 2014 „einen weiteren Rückschritt in Bezug auf das Energiekonzept“ darstellt (a. a. O.), und wie will die Bundesregierung insbesondere vor dem Hintergrund der Falschinformationen bei Pkw-Verbrauchswerten beim Verkauf von Neuwagen die notwendige Energieeinsparung im Verkehrssektor sicherstellen?
56. Abgeordnete
Britta Haßelmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche genaue Einigung zwischen der Europäischen Kommission und den USA (bitte Akteure und Zeitpunkt nennen) wurde nach Kenntnis der Bundesregierung, auf der Basis welcher Dokumente bezüglich der Frage des Zugangs zu konsolidierten Texten der TTIP-Verhandlungen in Leseräumen für nationale Abgeordnete der europäischen Mitgliedstaaten erzielt?
57. Abgeordnete
Britta Haßelmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Schritte plant die Bundesregierung, um zügig einen „unkomplizierten Zugang für alle Abgeordneten“ (Antwort auf meine Schriftliche Frage 18/6846) zu den konsolidierten TTIP-Verhandlungstexten zu ermöglichen?

58. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie viel Prozent der geltenden Richtlinien sind in der Bundesrepublik Deutschland so mangelhaft umgesetzt, dass die Europäische Kommission bereits ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet hat (bitte nach Ressorts aufschlüsseln)?

